

Berlin, den 24. April 2014



Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

[www.promobilitaet.de](http://www.promobilitaet.de)

[info@promobilitaet.de](mailto:info@promobilitaet.de)

#### Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Peter H. Coenen

Dr.-Ing. Walter Fleischer

Hermann Grewer

Stefan Kölbl

Peter Markus Löw

Matthias Wissmann

#### Geschäftsführung

Stefan Gerwens

#### Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

AGES Maut System GmbH & Co. KG

ARBIT Service GmbH

Autobahn Tank & Rast GmbH

Berufsgenossenschaft der  
Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine  
und Erden e.V.

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr,  
Logistik und Entsorgung e.V.

Bundesvereinigung Mittelständischer  
Bauunternehmen e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

Dornier Consulting GmbH

Eurovia Infra GmbH

Hauptverband der  
Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

Kapsch Telematik Services GmbH

KEMNA BAU

Andreae GmbH & Co. KG

Road Account

Tensar International GmbH

Toll Collect GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband Beratender Ingenieure e.V.

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen  
Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verein Deutscher  
Zementwerke e.V.

Zentralverband Deutsches  
Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches  
Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Pro Mobilität begrüßt Pläne der Regierungskoalition

## Haushaltsüberschüsse in Infrastruktur investieren

Sollte die gute Wirtschaftslage 2014 mehr Steuergeld in die Haushaltskasse spülen als geplant, wollen die Haushälter der Großen Koalition diese zusätzlichen Finanzmittel in die Verkehrsinfrastruktur investieren. „Der Kurs weist in die richtige Richtung“, begrüßt Dr. Peter Fischer, Präsident des Verkehrsinfrastrukturverbandes Pro Mobilität, die aktuelle Diskussion.

Die Investitionen müssten sich allerdings nach dem tatsächlichen Bedarf für den Erhalt von Straßen und Brücken sowie dem gesamten Verkehrsnetz richten. „Umgekehrt funktioniert das nicht“, so Fischer. „Die Pläne der Haushälter beheben nicht das Grundproblem: die Finanzierung von Straßen und Brücken nach Kassenlage.“ Wie groß der Handlungsdruck inzwischen sei, habe der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig mit seiner unpopulären Forderung nach einer zusätzlichen Solidarabgabe für die Straßen gezeigt.

In den nächsten Jahren müsse der Bund die Erhaltungsinvestitionen in seine Fernstraßen auf über 3 Mrd. Euro pro Jahr steigern. Dies gehe aus der Erhaltungsbedarfsprognose 2025 hervor. Am zusätzlichen Bedarf ändere auch die berechtigte Kritik des Bundesrechnungshofes, dass in der Vergangenheit Gelder für Erhaltung in den Neu- und Ausbau umgeschichtet wurden, nichts.

„Straßen und Brücken brauchen einen ausreichenden und verlässlichen Finanzrahmen, der überjährig eine effiziente Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten ermöglicht“, stellt Verbandspräsident Fischer klar. Angesichts der stark steigenden Steuereinnahmen sei es aber naheliegend zur Verstärkung der Investitionen auch auf diese Mittel zurückzugreifen.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer

Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.